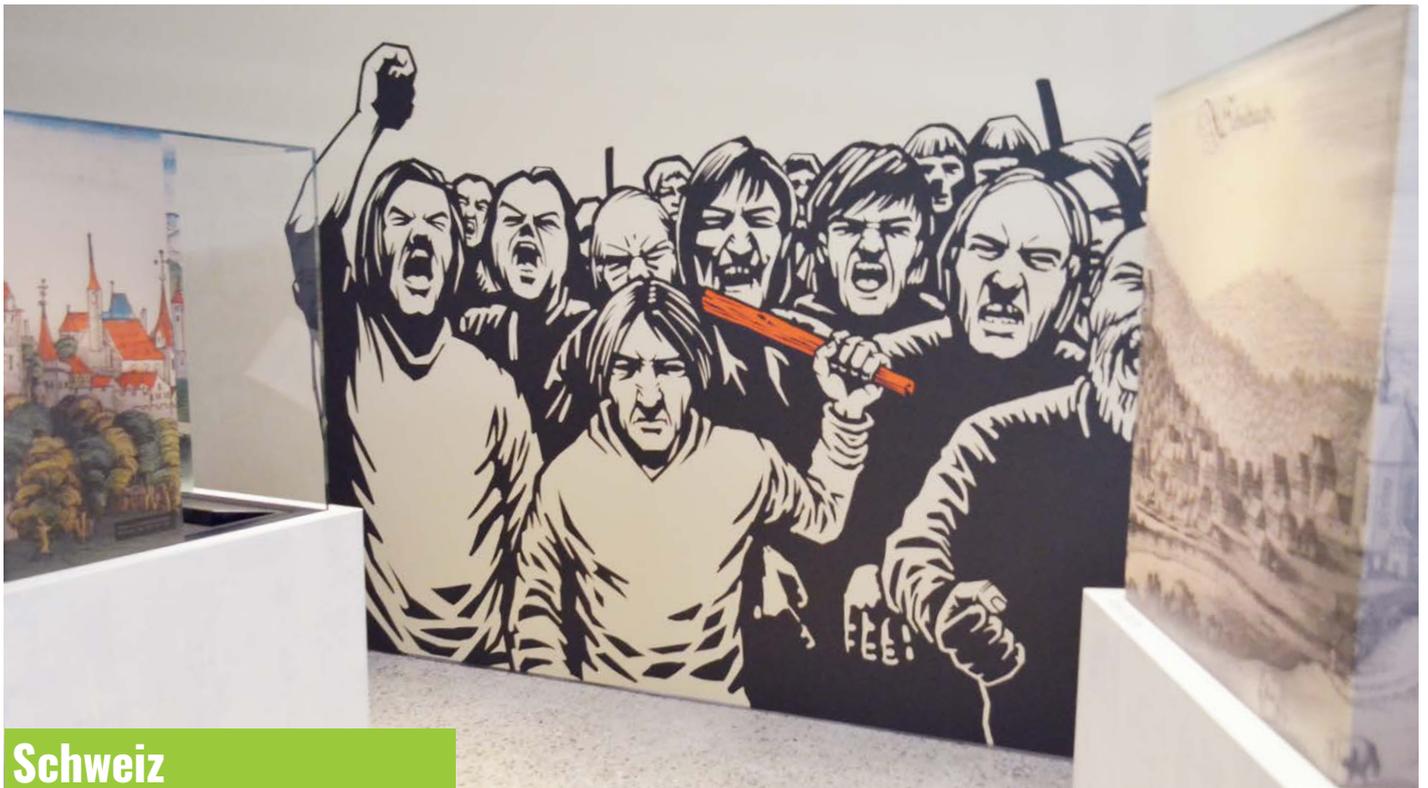


«Sündenbock»-Ausstellung lobt Thora und Bibel

Von der Urzeit bis heute haben Menschengruppen Gewalt gegen Einzelne ausgeübt. Diesem Sündenbock-Mechanismus haben die christliche und die jüdische Religion entgegengewirkt. Das zeigt die Ausstellung im Landesmuseum in Zürich.



Schweiz

Ein Mob geht auf ein Opfer los. Wandbild in der «Sündenbock»-Ausstellung | © Regula Pfeifer

Mit Totenköpfen an der Wand und in Vitrinen führt die Ausstellung im Landesmuseum mitten in die urzeitliche Grausamkeit. Spuren ritueller Opferung von Erwachsenen und Kindern seien an den Gebeinen entdeckt worden, heisst es aus dem Audioguide.

Auch die hochkultivierten Römer und Griechen erscheinen in der «Sündenbock»-Ausstellung in nicht besonders gutem Licht. Mythen aus jener Zeit hätten eindeutig die Sicht der Täter positiv dargestellt und die Gewalt gegen Opfer befürwortet, sagt die Stimme aus dem Audioguide.

Brudermord wird gerechtfertigt

Vor einer Steinskulptur mit der berühmten Wölfin wird der römische Gründungsmythos als Tätermythos entlarvt. Romulus, der seinen Bruder Remus erschlug, habe Recht bekommen. Denn er gründete darauf Rom.

Bei einer Thora-Rolle in einer Wandvitrine erklärt der Audioguide: «Der jüdische Glaube deckt die Triebfeder für Missgunst, Rivalität und Aggression auf.» Dies insbesondere im Gebot, man solle nicht nach dem Besitz seines Nächsten trachten.

Das Judentum habe den Auslöser für die Gewaltausbrüche benannt und erstmals versucht, solche zu unterbinden, sagt die Ausstellungskuratorin Marina Amstad gegenüber kath.ch.

Bibel bricht Gruppendynamik auf

Weiter hinten kauert eine Frauenfigur in der Ecke des Raums. Sie stellt die Ehebrecherin dar, welche die Jünger – gemäss Johannes-evangelium – zu Jesus brachten. Nach Gesetz hätten sie die Frau steinigen sollen. Doch Jesus habe zu den Jüngern gesagt, wer von ihnen ohne Sünde sei, der werfe den ersten Stein.

In dieser Bibelgeschichte gehe es darum, die Gruppendynamik aufzubrechen, sagt Amstad. Denn niemand wolle allein gegen jemanden Steine werfen. Also falle die Gruppensteinigung weg.

Eine eigentliche Umkehr in der Opfer-Täter-Darstellung sieht die Kuratorin bei der christlichen Passionsgeschichte. Im Gegensatz zur griechischen Mythologie werde nun Jesus als unschuldiges Opfer beweint. «Mit diesem Blickwechsel kann der Sündenbock-Mechanismus eigentlich aufgedeckt werden», sagt Amstad. Das Christentum habe «ein grosses Potenzial, Gewalt im Menschen zu unterbinden».

Leider habe sich dies nicht durchgesetzt, sagt sie und verweist auf die Vorkommnisse im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, die im nächsten Raum dargestellt sind.

Fortsetzung auf nächster Seite

Meinung

Stigma «Sündenbock» nie losgeworden

Als Sündenböcke mussten im Laufe der Geschichte immer wieder einzelne Menschen, aber auch ganze Gruppen herhalten. Eine dieser Gruppen, die das Stigma «Sündenbock» leider seit beinahe 2000 Jahren nie losgeworden ist, sind die Juden. Im Mittelalter waren es die Pest, verschwundene christliche Kinder oder schlechte Ernten, für die man die Juden verantwortlich machte. Später waren es dann Kriege, Finanzkrisen und Kommunismus, die man den Juden anlastete.

Und heute? Leider müssen auch heutzutage noch immer wieder Juden als Sündenböcke herhalten. Dies manifestiert sich vor allem in den zahlreichen antisemitischen Verschwörungstheorien, die im Internet und in den sozialen Medien Hochkonjunktur haben. Zurzeit besonders bei Rechtsextremen beliebt ist die sogenannte «Replacement-Theorie».

Diese besagt, dass jüdische Eliten die weisse Bevölkerung Europas und Nordamerikas durch Muslime und Schwarzafrikaner austauschen wollen, um so eine neue Mischrasse zu kreieren, die besser beherrschbar wäre. Die Juden müssen hier also als Sündenböcke für Migration und Flüchtlingskrise herhalten.

Dass Anhänger solcher Theorien nicht als harmlose Spinner abgetan werden dürfen, hat sich in letzter Zeit zweimal schmerzhaft gezeigt: Sowohl der Attentäter auf eine Synagoge in Pittsburgh wie auch jener auf die Moscheen in Christchurch waren Anhänger der «Replacement-Theorie» und gaben diese als Grund für ihre Anschläge an. Dies zeigt, dass aus Worten Taten werden können.



Herbert Winter

Präsident Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund

Steht der Kandidat für Chur bereit?

Der Rektor der Theologischen Hochschule Chur, Christian Cebulj, weiss «aus gut unterrichteten Kreisen», dass der gewünschte künftige Bischof von Chur jetzt zur Verfügung stehe. Wer das sein könnte, wollte er jedoch nicht sagen.

Es sind erst Andeutungen, die der Churer Hochschulprofessor Christian Cebulj in seinem Beitrag «Wer allen vorsteht, sollte auch von allen gewählt sein» in der Wochenzeitschrift «Sonntag» (8/2019) macht. Dabei geht es um die Nachfolge des Churer Bischofs Vitus Huonder. Dieser tritt – nach zweijähriger Verlängerung seiner Amtszeit – auf den 21. April zurück.

Optimistischer Zeitgenosse

«Papst Franziskus hatte 2017 offenbar seine Gründe für eine Verlängerung, und optimistische Zeitgenossen wie ich ziehen daraus den Schluss, dass der geeignete Kandidat für die Nachfolge auf dem Churer Bischofsstuhl vor zwei Jahren noch nicht frei war», schreibt Cebulj in seinem Beitrag.

Die «gut unterrichteten Kreise», welche der Rektor auf Nachfrage von kath.ch nicht nä-

her benennen mochte, wüssten aber, dass dies jetzt der Fall sei. Es seien mehrere Kandidaten im Gespräch, was die Hoffnung nähre, dass das Bistum Chur einer «glücklichen Zukunft» entgegengehe.

Hier nannte Christian Cebulj immerhin seine Favoriten. Dies sind der Churer Bischofsvikar Joseph Bonnemain als «Übergangskandidat», der gegenwärtige Abt von Einsiedeln, Urban Federer, als jemanden mit Leitungserfahrung sowie Christian Rutishauser, Provinzial der Schweizer Jesuiten und Mitbruder des Papstes.

Eine faire Wahl und das Zutun des Heiligen Geistes vorausgesetzt, so der Churer Professor, könne der künftige Bischof von Chur nur jemand sein, der das duale System in der Kirche der Schweiz anerkenne und die staatskirchenrechtlichen Einrichtungen wertschätze, statt sie zu diffamieren. (ms)



Christian Cebulj nennt seine Favoriten für die Huonder-Nachfolge. | © zVg

Fortsetzung von letzter Seite

«Sündenbock» ...

Da werden in Vitrinen mehrere Fälle von Verfolgungen präsentiert. Frauen wurden der Hexerei bezichtigt, Männer der Homosexualität, Juden als Seuchen-Verursacher und andersdenkende Theologen als Ketzer. Unter ihnen die bekannte «Hexe» Anna Göldin sowie der Theologe Jan Hus, der wegen seiner Lehre auf dem Scheiterhaufen landete.

Auslöser der Gewalt waren Neid und Frustration, aber auch Naturkatastrophen, Seu-

chen und Missernten. Für die damals unerklärlichen Phänomene suchten die Menschen «Schuldige». Die in der Aufklärung aufblühenden Naturwissenschaften – zu sehen sind alte Thermometer und Mikroskope – lieferten Erklärungen. Und der Staat versuchte die Selbstjustiz zu unterbinden.

Eine Galerie angeschossener Persönlichkeiten unserer Zeit – etwa SP-Politikerin Tamara Fumicello oder Wettermoderator Jörg Kachelmann – schliessen den offenbar ewigen Sündenbock-Kreis.

Regula Pfeifer

Religionsfreiheit ohne Grenzen und politische Schranken

Religionsvertreter müssten uneingeschränkt politisch Stellung nehmen dürfen, forderte der deutsche Professor für Menschenrechte, Heiner Bielefeldt, an der Tagung «Religion – raus aus der Öffentlichkeit».

Die gut besuchte Tagung wurde von der Schweizerischen Evangelischen Allianz, der Universität Freiburg und dem dortigen Studienzentrum für Glaube und Gesellschaft organisiert. Der Freiburger Moraltheologe Daniel Bogner, der die Veranstaltung mitverantwortete, erklärte eingangs, das Verhältnis von Staat und Religion sei auch in der Schweiz nicht ungetrübt.

Religion kann nicht privat sein

Religion könne nicht als Privatangelegenheit angesehen werden, sagte der aus Deutschland angereiste Gastreferent und ehemalige Uno-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, Heiner Bielefeldt. Es brauche Regelungen etwa betreffend Kleidung, Feiertagen und Infrastrukturen für Religionsgemeinschaften, so der Professor für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Religionsfreiheit sei nicht «ein Recht für Religionen, sondern für Menschen», so Bielefeldt. Den Religionsgemeinschaften müssten Rechte gewährt, aber auch Grenzen gesetzt werden, etwa wenn sie mit der Rechtsstaatlichkeit in Konflikt kommen könnten. Und diesen staatlichen Schranken müssten zuweilen Schranken gesetzt werden, um Willkürverbote zu verhindern.

Zankapfel Religion und Politik

Das Spannungsfeld Religion und Politik kam auf dem Podium zur Sprache. Zwei Positionen kristallisierten sich heraus. EVP-Natio-



Ex-Uno-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit Heiner Bielefeldt in Freiburg | © Georges Scherrer

nalrätin Marianne Streiff und SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, unterstützt von Heiner Bielefeldt, machten keinen Unterschied zwischen dem seelsorgerlichen, sozialen und gesellschaftlichen Einsatz der Kirchen und ihrem politischen Engagement aus. CVP-Präsident Gerhard Pfister und der Präsident der Freidenker-Vereinigung Schweiz, Andreas Kyriacou, forderten dagegen einen differenzierteren Umgang mit dem Thema.

Keine scharfe Trennung

Der CVP-Präsident erklärte, die Kirchen leisteten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einen wichtigen Beitrag. Es gehe aber nicht an, dass die Kirchen mit transzendenten Überlegungen oder mit der Bibel in der

Hand in die politischen Debatten eingriffen. Heiner Bielefeldt hielt dagegen: «In dieser Schärfe ist diese Trennung nicht möglich.» Er könne nicht verstehen, dass man einerseits über sozialen Zusammenhalt spreche und andererseits die Kirchen aus der Politik ausschliessen wolle.

Die Berner Nationalrätin Marianne Streiff, die der reformierten Kirche angehört, bemerkte, dass Christen ganz unterschiedlichen Parteien angehörten und unterschiedliche Positionen vertreten würden. Und sie meinte: «Es kann nicht sein, dass die Kirchen zu gewissen Themen schweigen müssen.»

Georges Scherrer

Ordensleute ermutigen den Papst

Der Papst solle seinen «Weg der Geschwisterlichkeit» weitergehen, schreiben franziskanische Ordensleute in einem offenen Brief. Sie sprechen sich auch gegen den Pflichtzölibat von Priestern aus.

Neun Männer und Frauen, die franziskanischen Gemeinschaften angehören, haben den offenen Brief mit Datum vom 13. März unterzeichnet. Initiator und Mitunterzeichner ist der Schweizer Kapuziner, Theologe und Buchautor Niklaus Kuster.

Den Anstoss zum Brief gaben laut Kuster negative Kommentare in Schweizer Medien zum Resultat des Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan. Man wolle Franziskus im «Weg

der Geschwisterlichkeit» unterstützen, so der Kapuziner gegenüber kath.ch.

Mediale Prügel für den Papst

«In den letzten Wochen bekamst du im Zusammenhang mit der Synode zur Missbrauchskrise medial auf breiter Front Prügel», heisst es in dem zweiseitigen Brief, der den Papst als «brüderlichen Bischof von Rom» anspricht. Gegner «bis in höchste Kir-

chenkreise» nutzten den Missbrauchsskandal, «um aus allen Rohren gegen dich zu schiessen». Der geschwisterliche Weg des Papstes sei auch in der Krise richtig.

«Tabuisiere den Pflichtzölibat nicht», bitten sie den Papst weiter und sprechen sich gegen «eine faktische Zölibatsverpflichtung» aus – «gerade weil wir wie du Ordensleute sind, die im ehelosen Leben den Weg zu einer speziellen Freiheit erkennen».

In anderen Orden diskutieren

Der offene Brief soll auch in anderen Orden diskutiert werden. Das hat der Präsident des Dachverbands der Männerorden in der Schweiz, Abt Peter von Sury, gegenüber kath.ch gesagt. (bal/sys)

Schweiz

Für Nuntius Gullickson ist das Frauenpriestertum nicht möglich

Der Botschafter des Papstes in der Schweiz, Thomas E. Gullickson, spricht sich gegen die Zulassung von Frauen zum Priesteramt aus. Dies in einer nicht repräsentativen Umfrage auf der Facebook-Seite von kath.ch. Auf Nachfrage von kath.ch. erklärt er, es gehe nicht um pro und kontra, sondern: «Frauenpriestertum ist nicht möglich. Was nicht Christi Willen ist, kann die Kirche nicht tun.» Von den rund 350 Umfrage-Teilnehmenden haben sich 82 Prozent dafür und 18 Prozent dagegen ausgesprochen. (sys) (Bild: Thomas E. Gullickson | © Bistum Basel)



Abtretender Migratio-Leiter fordert «synodalen Prozess»

An der Generalversammlung des «Schweizerischen Vereins Katholischer Journalistinnen und Journalisten» ging Patrick Renz auf die schwierige Situation der «Fremdsprachemissionen» ein. Die Katholiken mit Migrationshintergrund – rund ein Drittel aller Katholiken in der Schweiz – hielten in 500 Ortsgemeinden Gottesdienste in ihren Sprachen ab. Das führe zu Reibungsflächen. Auch finanzielle Fragen seien ungelöst. «Wir sollten einen synodalen Prozess starten», forderte Renz. Er leitet bis Ende März die Dienststelle der Schweizer Bischofskonferenz für Migrationspastoral «Migratio». (gs)

Impressum

kath.ch religion-politik-gesellschaft ist eine Publikation des Katholischen Medienzentrums Zürich. Sie erscheint als Beilage zur Schweizerischen Kirchenzeitung.

Verantwortung: Regula Pfeifer

Redaktion dieser Ausgabe: Regula Pfeifer

Die Verwendung von Inhalten ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe gestattet.

Anfragen per Telefon 044 204 17 80 oder E-Mail an redaktion@kath.ch.

Bündner Initiative gegen den Pflichtzölibat

Die 75-jährige Florentina Camartin aus dem bündnerischen Brigels will den Papst darum bitten, den Pflichtzölibat abzuschaffen. Sie lancierte eine Petition, die über 5000 Personen unterschrieben haben. Diese fordert, dass Priester selbst wählen können, ob sie ihr Amt als Zölibatäre oder als Verheiratete ausüben wollen. Zudem sollen verheiratete Priester in ihr Amt zurückkehren können. Die Petition geht an den Papst. Die Kommentare dazu will Camartin auch den Schweizer Bischöfen schicken. Ausschlag für Camartins Initiative war der Rücktritt des Pfarrers von Brigels, der sich verliebt hatte. (uab)

Ausland

Barbarin lässt Amt auf unbestimmte Zeit ruhen

Papst Franziskus hat den Rücktritt des französischen Kardinals Philippe Barbarin nicht angenommen. Angesichts der Schwierigkeiten, die das Erzbistum Lyon im Moment durchlebe, habe der Papst dem Erzbischof die Entscheidung selbst überlassen, erklärte Vatikansprecher Alessandro Gisotti am 19. März. Barbarin habe entschieden, sich «für eine gewisse Zeit zurückzuziehen». Barbarin war am 7. März zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden, weil er einen Priester nicht angezeigt hatte, der vor rund 40 Jahren mehrere minderjährige Pfadfinder sexuell missbrauchte. (kna) (Bild: Barbarin am 18. März bei Papst Franziskus | © kna)



Vatikan

Vatikan ermittelt gegen Kurienbischof wegen sexueller Übergriffe

Der Vatikan hat Ermittlungen im früheren Bistum von Kurienbischof Gustavo Zanchetta aufgenommen. Wie die Lokalzeitung «El Tribuno» (21. März) meldete, werden im nordargentinischen Oran katholische Priesterseminaristen befragt, die dem ehemaligen Bistumsleiter sexuelle Übergriffe vorwerfen. Der 55-jährige Beschuldigte ist ein hoher Mitarbeiter der vatikanischen Güterverwaltung. (kna)

Rubrik Social Media

«Dann verliert ihr auch die Frauen»

Das Frauenpriestertum hat am Internationalen Tag der Frau und danach zu einer längeren Facebook-Debatte geführt. Dies wegen des kath.ch-Artikels «Für Nuntius ist das Frauenpriestertum nicht möglich».

«Immer wieder faszinierend, dass diese «Herren» wissen, was der Wille Christi ist», sagt Annette Winter zu Thomas E. Gullicksons Aussage. Dass ein Verbot des Frauenpriestertums der Wille Christi sei, glaubt niemand in dieser Runde. Einige finden gar, auch das Priestertum oder Papsttum entspreche nicht dem Willen Christi.

«Wenn all das, was Priester tun, dem Willen Christi entspricht, ist ein Frauenpriestertum absolut nicht erstrebenswert», schreibt Margrit Keller und fügt gleich an, was sie damit meint, nämlich den Missbrauch von Kindern und Nonnen.

«Die Herren möchten nichts von ihrer Macht abgeben», findet Franz Gerhard, und: «Weiter so, dann verliert ihr auch noch die Frauen und könnt euren Laden schliessen.»

Das Frauenpriestertum sei «zumindest aktuell nicht denkbar, weil es ohne Wenn und Aber zu einer Kirchenspaltung führen würde», schreibt Gerd-Josef Pohl. Diese Gefahr sieht Irmgard Adelhütte keineswegs. Das sei eine «Drohgebärde von denjenigen wenigen Fundamentalisten, die die Frauenordination verhindern wollen».

Sie werde zur Priesterin geweiht, antwortet Birgit Leisegang auf das «Geht nicht» des Nuntius. Sie gehört der vom Vatikan nicht anerkannten katholischen gallikanischen Kirche an. (rp)

Zitat

«Ich bin ein mündiger Gläubiger, und ich muss mich nicht dem Papst gegenüber verantworten, wie ich meinen Glauben lebe. Ich stelle nicht seine Autorität in Frage, aber ich muss nicht immer der gleichen Meinung sein.»

Luc Humbel

Präsident der Römisch-katholischen Zentralkonferenz der Schweiz (RKZ), im Interview mit «Bluewin News» (12. März)